

Kinderrecht hat Vorrang vor Elternrecht

Die Humanistische Union hat in einer vom Bundesjustizministerium erbetenen Stellungnahme zur geplanten ersten Reform des Adoptionsrechts Stellung genommen. Sie vertritt dabei die Auffassung, daß auch in dem vom Ministerium vorgelegten Reformentwurf auf das abstrakte, auf der biologischen Elternschaft beruhende Elternrecht zuviel Rücksicht genommen wird.

So soll z. B. das Vormundschaftsgericht die Einwilligung der leiblichen Eltern zur Adoption des Kindes nur ersetzen können, wenn sonst dem Kind „unverhältnismäßige Nachteile“ entstehen. Bei solchem Gesetzeswortlaut hängt die Einschätzung dessen, was „unverhältnismäßig“ wäre, ganz davon ab, ob der betreffende Richter einer fetischisierten Auffassung von Elternrecht anhängt oder nicht.

Die Humanistische Union schlägt daher vor, daß die Einwilligung der leiblichen Eltern durch Gerichtsbeschluß dann ersetzt werden soll, wenn es das Wohl des Kindes gebietet.

Wer hat die letzten Mitteilungen nicht erhalten?

In den letzten Wochen erreichten uns zahlreiche Reklamationen von Mitgliedern, die die letzten „Mitteilungen“ Nr. 56, April-Mai) nicht erhalten haben. Der Versand dieser „Mitteilungen“ erfolgte am 5. Juni. Um bei Versandfirma und Post wirkungsvoll reklamieren zu können hätten wir gerne eine genauere Übersicht darüber, wie hoch der Prozentsatz der Mitglieder ist, die die letzten „Mitteilungen“ nicht erhalten haben. Sie würden uns sehr helfen, wenn Sie untenstehenden Coupon ausfüllen, auf eine Postkarte kleben und an uns zurückschicken würden. Besten Dank!
Die Nachlieferung der „Mitteilungen“ 56 kann nur erfolgen, solange unser Vorrat reicht!

Ich habe die letzten „Mitteilungen“ nicht erhalten*)
verspätet am erhalten*)
Bitte liefern Sie die „Mitteilungen“ 56 nach*)

Name

Vorname

Adresse

*) Nicht zutreffendes streichen.

Kompromißlose Verurteilung politischen Terrorismus

Apell an Strafverfolgungsbehörden, sich an rechtsstaatliche Prinzipien zu halten.

Die Humanistische Union hat in den vergangenen Wochen unmißverständlich und kompromißlos den zunehmenden politischen Terrorismus verurteilt. Sie hat mehrfach in der Öffentlichkeit betont, daß es für die Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik keine auch nur entfernt diskutablen Rechtfertigungsgründe gibt. „Politisch kann dieser Terrorismus“, so heißt es in einer ihrer Erklärungen, „nur jenen nützen, die er zu bekämpfen vorgibt; die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik können sich keine besseren Helfershelfer wünschen.“

Gleichzeitig appellierte die Humanistische Union an den Bundesinnenminister, das Bundeskriminalamt, die Bundesanwaltschaft, an die Politiker und an die Presse, nicht durch Hysterie und Verbreitung unbewiesener Vermutungen die Verunsicherung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik ihrerseits zu steigern.

Vor allem müssen die Repräsentanten des Rechtsstaates immer im Auge behalten, daß die Alternative zur Gewalt der Terroristen niemals die Eskalation der staatlichen Gewalt und der Abbau des Rechts sein darf, sondern die Achtung vor dem

Recht als Grundpfeiler unserer politischen Ordnung.

In diesem Zusammenhang hat sich die Humanistische Union in einem Schreiben in Sachen des Rechtsanwalts Schily an Bundesjustizminister Jahn gewandt. Darin wurde dieser aufgefordert, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit die von der Bundesanwaltschaft gegen Rechtsanwalt Schily erhobenen Vorwürfe so schnell wie möglich geklärt werden. Die Humanistische Union betonte, daß sie auch dieses Mal keinesfalls in ein schwebendes Verfahren eingreifen wolle. Sie stellte aber fest, daß es für unseren Rechtsstaat unerträglich wäre, wenn der durch nichts zu rechtfertigende Terrorismus noch nachträglich Rechtfertigungsgründe aus einem rechtsstaatlich inkorrekten Verhalten der Justizbehörden ziehen könnte. Diese Gefahr ergibt sich aber, wenn sich die gegen Rechtsanwalt Schily erhobenen Vorwürfe erst dann als unhaltbar herausstellen, wenn er seinen Pflichten als Verteidiger nicht mehr nachkommen kann.

Der Bundesvorstand der Humanistischen Union hat in verschiedenen Schreiben zu der bundesweiten Diffamierungskampagne gegen fortschrittliche, nonkonformistische Schriftsteller, Professoren und Publizisten Stellung genommen.

Ethikunterricht überstürzt eingeführt

Die Humanistische Union hat sich in Schreiben an die Kultusminister in Bayern und Rheinland-Pfalz gegen die überstürzte Einführung des geplanten Ethikunterrichts gewandt.

Einen derart komplexen Unterricht einzuführen, ohne daß auch nur Ansätze zur Lösung des Lehrkräfteproblems vorhanden sind, sei gegenüber den betroffenen Schülern unverantwortlich, heißt es in den Schreiben. Ein solches Verfahren nähre den belegbaren Verdacht, daß der Unterricht nicht um seiner selbst willen eingeführt wird, sondern um die steigenden Ab-

meldungen vom Religionsunterricht zu stoppen. Unter kirchlichem Druck soll verhindert werden, daß Schüler, die sich vom Religionsunterricht abmelden, zusätzliche Freistunden erhalten.

Unter diesen Umständen forderte die Humanistische Union die beiden Kultusminister erneut auf, den Ethikunterricht zumindest nicht als Pflichtfachunterricht einzuführen.

Die Humanistische Union sieht in der Erhebung des Sittenkundeunterrichts zum

Fortsetzung Seite 4

DISKUSSION

Umweltschutz

Die Veranstaltung des Ortsverbandes Heidelberg zum Umweltschutzproblem am 26. Mai (vgl. Einladung in den letzten „Mitteilungen“) war ein voller Erfolg. Die sehr radikalen Thesen der Referenten fanden keinen Widerspruch. Aus der Mitte des Publikums wurde ein Appell an die Bundesregierung gefordert, in dem unter anderem kritisiert wurde, daß heute auf alle Probleme des Umweltschutzes nur dilatorisch mit Forschungs- und Meßaufträgen reagiert wird, statt die grundlegenden gesellschafts- und strukturellen Probleme zu überdenken und daraus Konsequenzen zu ziehen.

OV Frankfurt solidarisch mit ausweisungsbedrohten Türken

Gemeinsam mit anderen politischen und humanitären Organisationen – von den Jungdemokraten bis zum Diakonischen Werk – veranstaltete der OV Frankfurt-Main der HU am 1. Juli eine Kundgebung zugunsten der Legalisierung des Aufenthaltes von mehreren tausend türkischen Gastarbeitern, die vor längerer Zeit von skrupellosen Geschäftemachern illegal in die Bundesrepublik eingeschleust worden waren und sich jetzt mit Ausweisung bedroht sahen.

Als „Touristen“ eingeschleuste Arbeitskräfte dieser Art können nicht den Rechtsschutz deutscher Behörden in Anspruch nehmen und müssen sich deshalb in der Regel widerspruchslos mit einer Entlohnung weit unter Tarif abfinden. Bei der Frankfurter Kundgebung forderte der stellvertretende HU-Ortsvorsitzende Klaus Scheunemann eine strenge Bestrafung all jener Unternehmer, die sich die Notlage dieser Türken zunutze machten, eine Legalisierung des Aufenthaltes dieser Gastarbeiter sowie ein entschledeneres Engagement der deutschen Gewerkschaften für die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik.

An der Kundgebung beteiligten sich ca. 3000 Menschen, überwiegend betroffene türkische Arbeiter, die unmittelbar vorher einen Schweigemarsch durch die Frankfurter Innenstadt veranstaltet hatten.

Inzwischen wurde dem Frankfurter HU-Vorsitzenden Peter Bernhardt, der in der gleichen Angelegenheit an den hessischen Ministerpräsidenten geschrieben hatte, von der hessischen Staatskanzlei mitgeteilt, daß den betroffenen Türken ausnahmsweise im Nachhinein eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden sollte.

Gesamtschule

Am 11. Juli 1972 veranstaltete der OV Wiesbaden eine öffentliche Diskussion mit dem Hessischen Kultusminister Prof. Dr. Ludwig von Friedberg über das Leitthema „Gesamtschule“. Zeit- und umstandsbedingte Kalamitäten wie akuter Lehrermangel etc. führen leicht zu Voreingenommenheit oder gar ablehnender Haltung gegenüber der Schulreform. Durch die gelungene Veranstaltung der Gesamtschule Sympathien eingebracht zu haben, darf sich die HU in Wiesbaden als Verdienst anrechnen.

Strafvollzug

Auch beim Ortsverband Hannover soll jetzt ein Arbeitskreis „Strafvollzug und Resozialisierung“ gegründet werden. Dieser will sich zunächst vor allem aufklärend betätigen, um mitzuhelfen, die immer noch verbreiteten Vorurteile, die allen Resozialisierungsmaßnahmen im Wege stehen zu beseitigen. Die Leitung des Arbeitskreises hat Herr Lothar Chutsch, 3011 Gehrdren, Benther Straße 3, Telefon 05108-6114 übernommen. Der Arbeitskreis ist vor allem für alle, sein Sachgebiet betreffenden Informationen dankbar.

Der Ortsverband Hannover hat im Anschluß an die vom Bundesvorstand ausgetragene Aktion „Plus 10%“ (vgl. letzte „Mitteilungen“) im Ortsverbandsbereich zu einer Aktion „1+1“ aufgerufen, in deren Rahmen jedes Mitglied ein neues HU-Mitglied werben soll.

Im Rahmen des Wahlkampfes für die bevorstehende Kommunalwahl in Niedersachsen (22. Oktober) und die vorgezogene Bundestagswahl will der Ortsverband im Sinne der Humanistischen Union tätig werden. Die organisatorischen Vorbereitungen hierzu werden bereits getroffen. Alle Mitglieder, denen eine aktive Teilnahme möglich ist, wenden sich bitte an den Ortsverband.

Kommunismus und Antikommunismus

Der Ortsverband Marburg veranstaltete am 11. Juli eine Podiumsdiskussion „Kommunismus und Antikommunismus in der Bundesrepublik“. Teilnehmer waren: Albert Feller (CDU), Dr. Kurt Klem (SPD), Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Peter Scheibert, Dr. Horst Schwebel (FDP), Ulrich Stang (KPD).

Parteilichter Mißbrauch der Reformdiskussion

Der Ortsverband Düsseldorf hat sich in einem Schreiben an die CDU-Landtagsfraktion gegen Bemühungen gewandt, die gegenwärtige Diskussion des Strafvollzugs durch unsachliche Emotionen parteipolitisch zu mißbrauchen. Anlaß waren verschiedene, durch die CDU aufgebaute Vorkommnisse im Rahmen eines Strafvollzugsexperiments.

Neuer Vorstand in Stuttgart

Am 7. Juli wählten die Stuttgarter Mitglieder einen neuen Ortsverbandsvorstand. Ihm gehören an: Claudia Biese (Geschäftsstelle), 7 Stuttgart, Klingensstraße 41; Dr. Charlotte Maack (politische Aktivität und Außenvertretung), Dieter Jagla (koordinierende Organisation) und Ingeborg Vetter (Finanzen).

Am 18. Juli veranstaltete der Ortsverband aus Anlaß der noch immer nicht ganz aufgeklärten Erschießung des Schotten McLeod eine Forumdiskussion „Die Verteidigung der Grundrechte im Krisenfall“. Es diskutierten Rechtsanwalt Dr. H. H. Heldmann, Rechtsanwalt M. Sexauer, Rechtsanwalt K. Grünwald, Eckart Spoo (Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union), Prof. Dr. U. Sonnemann.

Neuer Vorstand in Lauenburg

Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Lauenburg-Stormarn wurde der Vorstand am 4. 7. 1972 neu gewählt. Kreisvorsitzender wurde Henrik Steffen, Bergedorf, Stellvertretender Kreisvorsitzender Walter Döbert, Neu Schöningstedt, Schriftführer Peter Färber, Glinde und Kassenwart Michael Eppmann, Aumühle. Die Mitglieder dankten Herrn Schiller, der als Vorsitzender zurückgetreten war, für seine kreative Arbeit und sein Engagement für die Belange des Kreisverbandes seit dessen Gründung.

Humanistische Union und Umweltschutz

Der Beitrag von Klaus Scheunemann ist sehr verdienstvoll. Sein Katalog von Forderungen zeigt den Blick für das Wesentliche. Die Tatsache, daß der Katalog dennoch „innerhalb der HU selbst umstritten“ ist bzw. die HU sich „überfordert“ fühlt, zeigt, daß die Diskussion – leider! – erst in unseren eigenen Reihen erfolgen muß, ehe wir in der Lage sind, damit nach draußen zu gehen.

Eine Satzungsergänzung genügt nicht! Die HU muß – zunächst über ihren Vorstand – ein dezidiertes Umweltschutzprogramm aufstellen und sich zu eigen machen. Ist der Aufsatz von Georg Picht (Vorgänge 11/12'71) nicht unter die Haut gegangen? Sind alle die von uns mit Recht für wichtig gehaltenen Einzelfragen, denen sich die HU bisher gewidmet hat, nicht eigentlich sekundär gegenüber der Frage nach der Zukunft menschlichen Lebens überhaupt? Auf Deutsch: Was z. B. den § 218 angeht – für dessen ersatzlose Streichung ich übrigens eintrete –, so interessiert es mich nicht sonderlich, ob wir abtreiben dürfen oder nicht, wenn, wie die Fachleute prognostizieren, die ganze Menschheit ohnehin kurz nach der Jahrtausendwende ausstirbt.

Vor kurzem erschien die deutsche Ausgabe der ersten am Massachusetts Institute of Technology erarbeiteten Studie des Club of Rome unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ (Deutsche Verlags-Anstalt, 16,80 DM). Die Ergebnisse der Studie sind derart alarmierend, daß ich mich frage, ob der gutgemeinte Scheunemann-Katalog nicht schon zu spät kommt. Georg Picht, der seine Hoffnung noch auf „neue umweltfreundliche Technologie“ setzt (andernfalls er sich „in würdiger Form auf seinen Tod vorbereiten würde“), kann ich hierin nicht folgen. Technologien sind in keinem Fall umweltfreundlich. Die noch so umweltfreundlichen unter ihnen werden aber parallel zur wachsenden Menschheit umweltfeindlich. Außerdem haben wir bisher immer nur zusätzliche Technologien eingesetzt, die uns neue Investitionen, neue Produktionen (= neue Märkte) und damit neue Verschmutzungen beschert haben. Saubere Produktionen gibt es nicht, auch wenn es sich um lokal säubernde Kläranlagen, Elektrofilter oder Gasmasken handelt. Sie alle verschmutzen sowohl bei ihrer Herstellung als auch in der Regel bei ihrer Beseitigung mit Energie. Mit solchen additiven Produktionen sichern wir lediglich lokale Öko-Katastrophen ab, um uns durch fortschreitende Überlappung dieser sich gegenseitig sichernden Sicherungstechnologien nur um so unausweichlicher der globalen Ökokatastrophe zu nähern. Der Verzicht auf weitere Technologien würde nicht nur die Gesamtbilanz der Verschmutzung positiv beeinflussen, sondern gäbe uns auch die Chance, anhand der folglich entstehenden Lokalkatastrophen unser Umweltbewußtsein ständig zu schulen, so daß die Aussichten auf die Vermeidung der Globalkatastrophe besser wären.

Eine weitere verwandte systemkonforme allgemeine Irreführung ist die Behauptung, der Umweltschutz ließe sich schon realisieren, würde man nur die nötigen Gelder aufbringen. Nach unserem wirtschaftspolitischen Verständnis heißt bezahlen aber investieren und produzieren, nicht etwa verzichten. Produzieren heißt aber verschmutzen (s. o.). Umweltschutz ist also nicht bezahlbar, er ist nur durch A-priori-Vermeidung von Umweltverschmutzung zu erreichen.

Unser „Sozialprodukt“, auf dessen Wachstum wir so stolz sind – falsch und euphemistisch auch „Wertschöpfung“ genannt –, konnte und kann nur durch kongruente Naturvernichtung aufgebaut und vermehrt werden (soweit die Kongruenz durch Recycling der Rohstoffe bzw. relativ umweltneutrale Dienstleistungen etc. nicht vollständig ist, kann dies angesichts der exponentiellen Zunahme von Bevölkerung und Wirtschaftswachstum vernachlässigt werden). Anders ist diese „Wertschöpfung“ nicht denkbar, denn „aus nichts kommt nichts“. Da die Naturreserven begrenzt sind, ist auch die Schaffung von „Sozialprodukt“ begrenzt. Wenn die Grenze der Schaffung von Sozialprodukt erreicht ist, ist kein weiteres Wirtschaftswachstum denkbar. Allerdings: Je weniger Menschen, desto mehr „Sozialprodukt“ kann der Einzelne „konsumieren“.

Was ist die eigentliche Ursache der akuten Ökofahr? Je enger gedrängt die Bevölkerung lebt, desto größer wird der Zwang zu wirtschaftlicher Konkurrenz (um die Naturreserven) inkl. Werbung und zu ständigem wirtschaftlichem Wachstum. Dieser zunehmende Zwang hat zu bisher nie gekannten, immer raffinierteren und komplexeren Methoden der totalen und rücksichtslosen Vereinnahmung sämtlicher als „kostenlos“ angesehenen Naturquellen geführt; Dabei ist der Zusammenhang zwischen Produktion und Naturvernichtung aufgrund der komplizierten Arbeitsteilung und Verarbeitungsketten in der Regel nicht mehr auf den ersten Blick erkennbar. Nur diesen extrem verfeinerten Methoden verdanken wir, daß so viele Menschen auf so engem Raum überhaupt noch leben können. Das Umweltproblem ist ein Bevölkerungsproblem!

Die HU muß schleunigst Farbe bekennen, soll ihr Eintreten für Humanität nicht ungläubig werden. Hartmut Banner, Ortsverband Heidelberg

Die „Entprivatisierung der Seeufer und Wälder“ wäre keine direkte Umweltschutzmaßnahme, sondern nur ein Zugänglich-Machen dieser Naturgüter für die Allgemeinheit. Geschädigt würde dadurch jedoch der eigentliche Umweltschützer, der Bauer (jeder vierte Bauer ist Waldbesitzer, und zu vielen landwirtschaftlichen Betrieben gehören Teichwirtschaften). Die Beseitigung der Privatinitiative – an sich schon verderblich – hat (wie geschichtlich hinreichend belegt) in diesen Wirtschaftszweigen geradezu ruinöse Folgen. Ein weit besserer Weg zur Erschließung ist das Schaffen von Naturschutzparks und Landschaftsschutzgebieten.

Im eigentlichen Umweltschutz kann die HU folgendermaßen wirksam werden: A im Großen – nur in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (Verein Naturschutzpark e. V., pol. Parteien etc.), B im Kleinen – auf Ortsverbandsebene auf Einhaltung der durch die HU bereits vorbildlich gesammelten Gesetze achten und die Situation beheben, daß sich mangels Kläger zuwenig Richter finden. Ulrich Dymanski, 6209 Bärstadt.

Pflichtfach eine massive Diffamierung derjenigen Schüler, die den Religionsunterricht nicht besuchen. Wird doch damit unterstellt, wer am Religionsunterricht nicht teilnimmt, bedürfe einer besonderen Unterweisung in „Sittlichkeit“.

Die Humanistische Union prüft zur Zeit, ob

die Absicht des Kultusministeriums nicht verfassungswidrig ist. In diesem Fall wird sie betroffene Mitglieder sofort zur Klage veranlassen.

In München hat sich ein Arbeitskreis „Ethikunterricht“ der Humanistischen Union konstituiert, der unter anderem einen Fra-

gebogen ausarbeiten wird, mit dem die Praxis des Ethikunterrichts sachangemessen erfaßt werden soll. Auf der Grundlage der so gewonnenen Ergebnisse und unter Berücksichtigung der grundlegenden Intentionen der Humanistischen Union sollen dann weitere Vorschläge erarbeitet werden.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrick verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschke. Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardtstraße 30, Telefon: 266035/36. Redaktionsschluß 21.7.1972

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 16. 10. 1972
Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200.